

Stellungnahme vom Kölner Stadtdechanten Msgr. Robert Kleine auf Facebook vom 08.08.2022

Zur aktuellen Diskussion über eine Veröffentlichung zur „Medienstrategie des Erzbistums“ im Jahr 2020

In den Medien, den sozialen Netzwerken und der Öffentlichkeit wird heftig über eine Veröffentlichung des Kölner Stadtanzeigers (KStA) vom 5. August diskutiert. Über die sozialen Netzwerke sowie auch persönlich nach Gottesdiensten bin ich am Wochenende und heute gefragt worden, wie ich die Sache sehe und warum ich mich (noch) nicht dazu geäußert habe.

Daher habe ich mich entschieden, hier heute Abend persönlich Stellung zu beziehen – und dabei viele veröffentlichte Texte zu zitieren, auf die ich mich beziehe.

In dem oben erwähnten Artikel wird über die vermeintliche Strategie der PR-Berater (Hr. Rössing) von Kardinal Woelki und dem Erzbistum Köln vor der Bekanntgabe der Nicht-Veröffentlichung des Missbrauchs-Gutachtens der Kanzlei WSW berichtet. So heißt es in dem Artikel u.a.:

„Woelkis Entscheidung gegen WSW hat ein Beben im Erzbistum und darüber hinaus ausgelöst. Mitten in dieser heißen Phase (am 18. November 2020) verfassen Rössing, sein zuständiger Projektleiter und ein Medienmann des Erzbistums ein Konzeptpapier unter dem Titel „Wie »überlebt« der Kardinal bis März 2021“. Der zweiseitige Entwurf beschäftigt sich ausschließlich mit Woelkis ramponiertem Image, der Frage nach einem Neuaufbau, der erforderlichen Strategie und der dazu passenden Taktik.

Schon sechs Wochen vorher, am 1. Oktober 2020, hat Rössings Agentur ein umfangreiches Kommunikationskonzept „Projekt: „Wechsel“ zur bevorstehenden Trennung von WSW mit Vergabe eines neuen Gutachtens an die Kölner Kanzlei Gercke Wollschläger vorgelegt. Das 50-Seiten-Papier beschreibt unter anderem die Risiken eines Scheiterns der von Woelki initiierten Missbrauchsaufarbeitung im Erzbistum. Dies würde „vor allem zu einer langfristigen (politischen) Schwächung“ Woelkis und der „Institution Kirche“ führen. Ausführlichst erwägt „Ewald & Rössing“ mögliche Szenarien zur Beeinflussung und Lenkung der öffentlichen Meinung. Die Öffentlichkeit müsse davon „gezielt und gesteuert durch das Erzbistum“ erfahren, empfiehlt das Strategiepapier der Agentur „Ewald & Rössing“. Potenzielle Gegner in den Medien müssten „eingebunden“ werden, sofern dadurch „eine ausgewogenere Reaktion erwartet werden kann“.

Dann wird der Betroffenenbeirat in den Blick genommen: Detailliert zeichnet das E&R-Papier vor, welche „Optionen“ man dem Gremium darlegen sollte und welche „Szenarien A bis F“ sich daraus ergeben könnten. In der Gemengelage vor dem Gutachterwechsel, das schärfen die Berater Woelki ein, brauche er für den Erfolg zwingend den Betroffenenbeirat an seiner Seite. Entscheidend sei eine Sitzung des Beirats am 29. Oktober, einen Tag vor der Mitteilung zum Aus für WSW. Das Treffen müsse „so vorbereitet und durchgeführt werden, dass tendenziell Szenario A eintritt“: ein einstimmiges Votum des Beirats zugunsten eines komplett neuen Gutachtens anstelle der WSW-Studie samt gemeinsamer öffentlicher Kommunikation. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Woelki und Hofmann auf „Emotionen, Glaubhaftigkeit und Echtheit“ setzen. „Für die Fehler von WSW muss echte Wut gezeigt werden.“ Die „Schlechtleistung“ von WSW solle in der Darstellung der Bistumsleitung darin bestehen, dass das Gutachten „nicht scharf genug“ sei und damit keine Grundlage zu persönlichen Konsequenzen für Vertuscher biete – eine elementare Forderung der Betroffenen von Anfang an. Zudem solle die Bistumsleitung „Joker“ in der Hinterhand haben wie die Möglichkeit zur Einsicht in weitere Dokumente oder „besondere Entgegenkommen, die bei Bedarf angeboten werden können“. Das Papier legt Woelki unter anderem nahe, „die

möglicherweise zurückerlangten Honorare von WSW mittelbar den Betroffenen zugute kommen zu lassen“, oder sich persönlich dafür einzusetzen, „dass der Prozess der Auszahlung der Anerkennungsleistungen deutlich beschleunigt wird“. Gemeint sind die Entschädigungen für Missbrauchsopfer, die sich in einem Bereich von 5000 bis 50 000 Euro bewegen. Durchschnittsbetrag: Rund 20 000 Euro.

Fast wie nach Drehbuch entscheidet sich der Betroffenenbeirat für das gewünschte „Szenario A“. Er verzichtet sogar auf eine angebotene Bedenkzeit. Mit Co-Sprecher Bauer stimmt das Erzbistum eine Erklärung ab. Darin heißt es: „Wir sind enttäuscht und wütend, dass die Münchener Kanzlei derart schlecht gearbeitet und damit Versprechen einer gründlichen, juristisch sauberen Aufarbeitung gebrochen hat.“ Die Betroffenen könnten der Kanzlei nicht mehr vertrauen, die unabhängige Untersuchung fortzuführen. „Wir haben dem Kardinal geraten, die Zusammenarbeit mit Westpfahl Spilker Wastl (WSW) sofort zu beenden und Schadensersatz zu fordern.“

Und Woelki lässt parallel dazu verlautbaren: „In den letzten Monaten haben wir wertvolles Vertrauen bei den Betroffenen verloren. Unser Weg war nicht frei von Fehlern. Mir ist klar geworden, dass die juristische und wissenschaftliche Perspektive allein nicht genug ist. Deshalb habe ich bei dieser so weitreichenden Entscheidung den Rat der Betroffenen eingeholt. Ich bin sehr dankbar, dass auch sie mir das Vertrauen entgegenbringen, das so oft schon strapaziert wurde. Die Perspektive der Betroffenen ist handlungsleitend für unser weiteres Vorgehen.“

Soweit einige Ausschnitte aus dem Artikel im KStA.

Ich hoffe sehr, dass diese „Strategie“ so nicht dem Erzbischof vorgelegt und von ihm gebilligt worden ist, denn die im KStA zitierte Inszenierung samt Wut bei gleichzeitig durch bezahlte PR-Experten angeratenen „Emotionen, Glaubhaftigkeit und Echtheit“, entspräche in meinen Augen einer moralischen Bankrotterklärung der Bistumsleitung dem Betroffenenbeirat und allen Betroffenen gegenüber.

Entsprechend reagierten in den letzten Tagen auch Mitglieder des damaligen Beirats: Eines der Mitglieder war Karl Haucke, der heute im Betroffenenrat der Missbrauchsbeauftragten sitzt, forderte am Freitag den Rücktritt des Erzbischofs. Der Kardinal habe die Betroffenen für seine Interessen benutzt, so Haucke. Das sei mit Demütigung und Ohnmacht verbunden – ebenso wie die Missbrauchstaten selbst. Er forderte zudem weitere personelle Konsequenzen auf Ebene des mittleren Managements im Erzbistum. So habe etwa die Interventionsstelle bei der Umsetzung der PR-Strategie offenbar nur zugesehen.

Der frühere Co-Sprecher des Betroffenenbeirats im Erzbistum Köln, Patrick Bauer, hat die Bistumsleitung unter Kardinal Rainer Woelki für ihre PR-Strategie im Umgang mit den Betroffenen scharf kritisiert. "Ich bin wütend, enttäuscht und tieftraurig, jetzt zu wissen, dass ich von der Bistumsleitung anderthalb Jahre lang wie ein dressierter Schimpanse durch die Manege geführt worden bin", sagte Bauer dem KStA. Andererseits sei er auch "froh und zufrieden", dass er mit seinem Vorwurf einer Instrumentalisierung des Beirats 2020 "absolut recht hatte". Bauer hatte den Beirat 2020 zusammen mit dem zweiten Co-Sprecher, Karl Haucke, aus Protest verlassen.

Auch der Betroffenenbeirat der Deutschen Bischofskonferenz hat mit Empörung auf die Veröffentlichung zur PR-Strategie des Kölner Erzbischofs für den Umgang mit Missbrauchsopfern reagiert. "Das Erzbistum Köln und allen voran sein Erzbischof haben den eigenen Betroffenenbeirat für profane Zwecke instrumentalisiert. Sie haben in nahezu menschenverachtender Art und Weise die Betroffenen sehenden Auges einer massiven Retraumatisierungs-Gefahr ausgesetzt", sagte Sprecher Johannes Norpoth. Ein solches Verhalten sei "gleichermaßen schändlich wie verwerflich."

Und die Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Kertin Claus, kritisiert die PR-Strategie der Leitung des Erzbistums Köln um Kardinal Woelki gegenüber der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) mit den Worten: "Betroffenenbeteiligung muss auf Augenhöhe und in voller Transparenz erfolgen". "Stattdessen Betroffene im Kontext von institutionellen Aufarbeitungsprozessen zur Verfügungsmasse zu degradieren und neuerlich die sich beteiligenden Mitglieder eines solchen partizipativen Gremiums massivster Machtmanipulation zu eigenem Nutzen zu unterwerfen, ist anmaßend und empörend." Sollten sich die Recherchen des KStA bewahrheiten, zeige dies, wie wenig Woelki und sein Leitungsteam vom Wert der Betroffenenbeteiligung verstanden hätten, sagte Claus. Die Wortwahl in den Äußerungen spiegelt die Fassungslosigkeit wider: „Demütigung, Ohnmacht, Wut, Enttäuschung, Traurigkeit, Instrumentalisierung der Betroffenen, Machtmanipulation, schändlich und verwerflich“ und gipfelt im drastischen Bild vom dressierten Schimpansen, der durch die Manege geführt wird.

Diese Metapher aus dem Mund eines Betroffenen von sexualisierter Gewalt im Erzbistum Köln trifft und beschämt mich zutiefst.

Papst Franziskus äußerte sich am 24. September vergangenen Jahres vor der Auszeit unseres Erzbischof wie folgt: „Dennoch hat Kardinal Woelki in der Herangehensweise an die Frage der Aufarbeitung insgesamt, vor allem auf der Ebene der Kommunikation, auch große Fehler gemacht. Das hat wesentlich dazu beigetragen, dass es im Erzbistum zu einer Vertrauenskrise gekommen ist, die viel Gläubige verstört.“

Im Augenblick will man seitens des Erzbistums nicht über die „vertraulichen Papiere“ sprechen. Diese Haltung kann ich angesichts der Resonanz und Brisanz nicht verstehen und schon gar nicht akzeptieren.

Das Erzbistum und letzten Endes unser Erzbischof können und dürfen sich jetzt keine Kommunikationsfehler mehr leisten und müssen klar benennen, was Auftrag der PR-Berater war, und ob die Aussagen im Artikel des KStA der Wahrheit entsprechen oder nicht. Wie auch immer die „vertraulichen Papiere“ an Joachim Frank vom KStA gekommen sind, sie sind jetzt nicht mehr „vertraulich“, sondern werden –bis zum Beweis des Gegenteils – scheinbar korrekt in einer Zeitung zitiert.

Kardinal Woelki hat bei der Bekanntgabe der Nicht-Veröffentlichung des 1. Gutachtens betont, dass die Perspektive der Betroffenen für ihn persönlich handlungsleitend sei. An dieser Aussage und ihrer Umsetzung muss man ihn als Erzbischof messen - und er sich. Schließen möchte ich mit einem Zitat aus dem Bonner Generalanzeiger von Samstag: „Heute kann man sagen: Die Aufträge für die PR-Berater waren Geldverschwendung. Das Ansehen des Erzbistums und Woelkis ist auf dem Nullpunkt. Denn Vertuschung und verfehlte Aufarbeitung lassen sich nicht schönreden.“

Sehr harte Worte. Aber ich kenne viele Gläubige, die sie teilen.

Wie wollen bzw. können wir da wieder heraus kommen? Nicht mit juristischen Spitzfindigkeiten, nicht mit dem Versuch, Journalisten zu diskreditieren oder zu manipulieren, nicht mit einer Bunkermentalität, sondern nur mit Offenheit und Ehrlichkeit.

Auch wenn es wehtut.

PS: Ich hoffe sehr, dass in unserem Erzbistum weder Erzbischof und Generalvikar, noch irgendein Stadtdechant, Pfarrer, Pfarrvikar oder Kaplan einen PR-Berater nötig hat, der ihm erklären muss, wie man als Priester grundsätzlich allen Menschen begegnen sollte, nämlich mit „Emotionen, Glaubhaftigkeit und Echtheit“.